

Kommunalpolitisches Rahmenprogramm der Hamburger Freien Demokraten zur Wahl der Bezirksversammlungen 2019

Beschluss des 108. Landesparteitags vom 17. November 2018

Inhaltsverzeichnis

Die Herausforderung annehmen – Hamburgs Bezirke fit für die Zukunft machen.	3
Wachsende Stadt – Stadtteile und Bezirke mit Augenmaß entwickeln.	3
Breites Wohnungsbaubehangebot ermöglichen.	3
Digitale Infrastruktur zukunftsfähig ausbauen.	5
Parks und Grünlagen schützen und pflegen.	5
Quartiersmanagement und Community-Center in den Bezirken etablieren.	6
Offene Kinder- und Jugendarbeit sichern – Zielgerichteten Einsatz von Maßnahmen der Jugendhilfe gewährleisten.	7
Chancengerechtigkeit durch Frühförderung von Kindern sichern.	7
Chancen und Teilhabe für Kinder allein- und getrennterziehender Eltern verbessern.	8
Senioren – gesellschaftliche Teilhabe im besten Alter fördern.	9
Integration gemeinsam gestalten.	9
Gesundheitsversorgung in den Bezirken gewährleisten.	10
Gesundheit der Kinder durch bessere Bildungs- und Aufklärungsangebote stärken.	10
Stadtteilschulen als regionale Bildungseinrichtungen entwickeln.	10
Bildungseinrichtungen integriert in die Entwicklung neuer Stadtquartiere planen.	11
Standorte bestehender Schulen sichern.	12
Kultureinrichtungen in den Stadtteilen und Quartieren stärken.	12
Sport und Bewegung in den Stadtquartieren ermöglichen.	12
Sichere Stadt – Sicherheit und Ordnung beginnt im Wohnquartier.	14
Dezernate für Ordnung und Bevölkerungsschutz einrichten.	14
Großveranstaltungen in den Bezirken ermöglichen – Öffentliche Finanzierung von Sicherheitskosten gewährleisten.	14
Opferschutz in den Bezirken stärken.	15

Wachsender Verkehr – die Liberale Mobilitätszusage für Hamburg.....	15
Den Öffentlichen Personen-Nahverkehr konsequent erweitern.....	16
Fahrradverkehr ausbauen.....	17
Autoverkehr muss fließen.	17
Wirtschaftsverkehr gewährleisten.	18
Chancen für Arbeitsplätze vor Ort – Lokale Wirtschaft in den Bezirken stärken.....	18
Wirtschaftsförderung in den Bezirken ausbauen.	18
Den örtlichen Handel stärken.	19
Das örtliche Handwerk stärken.	20
Regionale Landwirtschaft erhalten.	21
Tourismuskonzepte für die Bezirke entwickeln.	21
Angemessene Finanzierung der Bezirke sichern.	21
Haushaltsrecht der Bezirke modernisieren.	21
Auskömmliche Finanzierung und effiziente Kostenkontrolle gewährleisten.....	22
Anreizmodelle für eigene Einnahmen entwickeln.	22
Die Bezirke fit für Europa machen.	23
Grundsteuer metropolengerecht reformieren.....	23
Chancen für Demokratie – Mehr Rechte und Verantwortung für die Bezirke in Hamburg.....	23
Bürgerbeteiligung vor Ort stärken.	24
Bürgerentscheide reformieren.....	24
Stadtteilbeiräte erhalten.	24
Bezirksversammlungen und Bezirksamtsleitungen stärken.....	25
Dienstleistungsangebote für Bürger und Unternehmen verbessern.	25
Digitale Strategie für bürgernahe Dienstleistungen der Verwaltung entwickeln.....	26

Die Herausforderung annehmen – Hamburgs Bezirke fit für die Zukunft machen.

Hamburg wächst. Immer mehr Menschen möchten in unserer schönen und lebenswerten Stadt wohnen und arbeiten. Prognosen zufolge könnte Hamburg in den nächsten 15 Jahren mehr als 160.000 neue Einwohner gewinnen. Wir Freie Demokraten sehen dies als große Chance für unsere Stadt, denn mit neuen Einwohnern kommen auch neue Ideen, Lebensweisen, Kulturen, Nachbarn und Freunde zu uns und bereichern unseren Alltag und unser Umfeld.

Gleichzeitig stellt uns eine solche Bevölkerungsentwicklung vor große Herausforderungen. Wir müssen für ausreichenden Wohnraum sorgen, für eine gute und verlässliche Verkehrsanbindung, für eine soziale und kulturelle Infrastruktur, für ausreichend Schulen und Kita-Plätze sowie für eine digitale Infrastruktur mit schnellem Mobilfunk und modernen Glasfaseranschlüssen.

Wir Freie Demokraten nehmen die Herausforderung an, Hamburg fit für die Zukunft zu machen. Wir setzen hierbei auf Innovationen statt Ideologie, Freiheit statt Verordnungen und Kreativität statt Bevormundung. Das Bauen von Häusern und Wohnungen muss vereinfacht werden, indem wir teure Bauauflagen und Vorgaben auf ein Minimum reduzieren. Der Verkehr muss fließen, indem wir Baustellen besser koordinieren und den HVV attraktiver und zuverlässiger machen. Hamburg muss zudem lebenswert und sicher sein, damit alle Menschen sich hier wohlfühlen und gerne in unserer Stadt leben.

Die Wahlen zu den Bezirksversammlungen bieten Ihnen als Bürger die Möglichkeit, Einfluss auf die Politik direkt vor Ihrer Haustür zu nehmen. Mit Ihren Stimmen für die Hamburger Freien Demokraten leisten Sie hierzu einen wichtigen Beitrag.

Wir legen Ihnen ein Programm vor, das über die zeitliche Begrenzung einer Wahlperiode weit hinausreicht, aber in den kommenden fünf Jahren Weichenstellungen vom Senat und von der Hamburgischen Bürgerschaft und den Bezirken zur Planung und Finanzierung verlangt. Wir machen uns dafür auf den Weg und suchen für die notwendigen Entscheidungen politische Mehrheiten in der Bürgerschaft und in den Bezirksversammlungen.

Wachsende Stadt – Stadtteile und Bezirke mit Augenmaß entwickeln.

Breites Wohnungsbaugesamt ermöglichen.

Auf begrenzter Fläche wollen wir ökologisch wertvolle Ressourcen erhalten und gleichzeitig für bezahlbaren Wohnraum sorgen. Das kann nur in Kombination aus maßvollem Neubau und behutsamer Nachverdichtung (Baulücken schließen, Geschosse aufstocken und Dachgeschosse ausbauen) gelingen. Um preisgünstiges Bauen zu ermöglichen, sind Kostentreiber zu eliminieren, Investitionshemmnisse abzubauen und Anreize für den Erwerb von Wohneigentum zu schaffen. Die sogenannte Mietpreisbremse wollen wir umgehend abschaffen, weil sie Investitionen hemmt und nicht denjenigen nützt, denen sie günstigen Wohnraum verschaffen soll.

Eine nachhaltige Verkehrsplanung muss zeitlich vor der Schaffung von neuem Wohnraum liegen, um die Lebensqualität in der Stadt zu erhalten. Sie ist entscheidend für die Akzeptanz von Wachstum und Verdichtung.

Hamburg sieht sich einer wachsenden Nachfrage nach Wohnungen unterschiedlichen Typs, Größen und Preislagen in allen Bezirken der Stadt ausgesetzt. Notwendig ist ein differenziertes und nachhaltig geplantes Bauprogramm in allen Segmenten und Preiskategorien, an dem sich private Investoren, Wohnungsbaugenossenschaften und auch öffentliche Wohnungsbaunternehmen verstärkt beteiligen.

Der Senat und die Bezirksämter können die Realisierung dieses Programms vor allem durch folgende Maßnahmen unterstützen:

- Ausweisung von mehr Flächen für den Wohnungsbau und Vergabe baureifer Grundstücke nach Konzeptkriterien statt Höchstpreis,
- Beschleunigte Bauleitplanungen und Genehmigungen, in diesem Zusammenhang hinreichende Ausstattung der Bezirksämter mit qualifiziertem Personal,
- Frühzeitige Bürgerbeteiligung an Stadtteil- und Quartiersplanungen, abgestimmt zwischen Fachbehörden und Bezirksämtern (Vorbild Oberbillwerder).
- Die frühzeitige Bürgerbeteiligung muss so niedrigschwellig wie möglich sein. Es liegt in der Verantwortung der Verwaltung, durch flexible und standortunabhängige Prozesse möglichst viele Bürger einzubeziehen.
- Nachverdichtung bestehender Quartiere mit Augenmaß und gebotener Zurückhaltung gegenüber der Bebauung dünner besiedelter Stadtgebiete. Ferner ist bei einer Nachverdichtung auch stets die örtliche Versorgung (hinreichendes Angebot an Kitas, Schulen, Einkaufs-, Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten) einzuplanen.
- Errichtung vermietbarer Tiefgaragenstellplätze (zum Beispiel unter Quartiersplätzen).
- Gleichbehandlung aller Berufsgruppen bei der Vergabe öffentlich geförderter Wohnungen sowie regelmäßige Überprüfung der Berechtigung zur Inanspruchnahme öffentlich geförderter Mieten und gegebenenfalls Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe.
- Aufhebung rückwärtsgewandter Regulierungen und Beschränkungen. Beispiel: Homesharing bietet Wohnungsinhabern eine innovative Möglichkeit, kurzfristig nicht benötigten Wohnraum anderen zur Verfügung zu stellen. Auch ein solcher Markt muss sich an Spielregeln halten. Der Staat muss sich gegen "schwarze Schafe" am Wohnungsmarkt zur Wehr setzen, die regulären Wohnraum dauerhaft zweckentfremden und damit langfristig dem Wohnungsmarkt entziehen. Die erneute Verschärfung des sogenannten „Wohnraumschutzgesetzes“ lehnen wir jedoch ab, da diese sich gegen alle Anbieter richtet und nicht nur gegen die missbräuchliche Nutzung.
- Wir Freie Demokraten wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger die Chancen einer Sharing Economy nutzen können, ohne sie durch überzogene bürokratische Hürden zu gängeln.
- Der Genehmigungsprozess muss komplett digital erfolgen können, damit allen Beteiligten eine leichte und möglichst unbürokratische Bauplanung ermöglicht wird.

- Bei hoher Leerstandsquote in Gewerbegebieten soll die Umwandlung in Mischgebiete regelmäßig überprüft werden, um leerstehende Büroflächen in Wohnraum umwandeln zu können.

Digitale Infrastruktur zukunftsfähig ausbauen.

Sendelöcher, keine Breitbandversorgung und kaum WLAN – der Ausbau der digitalen Infrastruktur in Hamburg ist verbesserungswürdig. Das Internet bietet Privatpersonen wie Gewerbetreibenden vielfältige Nutzungsmöglichkeiten – vom Shopping bis zum Streaming. Wir möchten dafür sorgen, dass Hamburg Spitzenreiter in der Digitalisierung wird, nicht nur in Deutschland, sondern in Europa.

Hamburg muss massiv in die digitale Infrastruktur investieren. Es darf keine Mobilfunklöcher oder Kapazitätsengpässe mehr geben, beim Ausbau von neuen Standards wie 5G wollen wir führend sein und so Innovationen in Hamburg und von Unternehmen aus Hamburg ermöglichen.

Zudem soll jeder Haushalt und jedes Unternehmen inklusive der letzten Meile mit einem Glasfaseranschluss ans Internet angebunden werden. Hierzu gibt es Fördermittel des Bundes, die abgerufen und zielgerichtet eingesetzt werden müssen.

Konkret setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

- Die Bezirke sollen mit den Mobilfunkbetreibern ermitteln, an welchen Orten im Stadtgebiet es Sendelöcher oder Kapazitätsengpässe gibt und hier gezielt für einen Ausbau der Kapazitäten sorgen.
- Der Mobilfunkstandard LTE (4G) soll flächendeckend in Hamburg verfügbar sein, hierzu sollen ebenfalls Maßnahmen gemeinsam mit den Mobilfunknetzbetreibern getroffen werden. Der neue Mobilfunkstandard 5G soll schnellstmöglich in Hamburg eingeführt werden. Hier sollen die Bezirke ebenfalls mit den Mobilfunkbetreibern zusammenarbeiten.
- Jeder Haushalt und jedes Gewerbe soll mit einem Glasfaseranschluss inklusive der letzten Meile ausgestattet werden (FTTH, Fibre To The Home). Die Bezirke sollen sich hier gemeinsam mit dem Senat um den Abruf und Einsatz der bestehenden Bundesfördermittel kümmern.
- WLAN an öffentlichen Plätzen, Haltestellen und anderen Orten soll nach Bedarf ausgebaut werden.

Parks und Grünlagen schützen und pflegen.

Wegen der zunehmenden baulichen Verdichtungen und Versiegelung von Flächen ist der Schutz unserer Parks und Grünanlagen besonders wichtig, damit Hamburg auch in Zukunft als grüne Stadt wahrgenommen wird und die Lebensqualität erhalten bleibt.

Die Grünanlagen in Hamburg sind von sehr unterschiedlicher Natur, haben sehr unterschiedliche Funktionen und sind unterschiedlichsten Umweltbelastungen ausgesetzt. Um ihre Vielfalt zu erhalten, müssen den Bezirken für die Pflege mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, damit ihre Gartenbauabteilungen Parkranger für die Sauberkeit und Ordnung in den Grünanlagen einsetzen können.

Vor dem Hintergrund der immer mehr abnehmenden natürlichen beziehungsweise naturnahen Flächen in Hamburg und des ungebremsten Artenrückgangs, gerade auch von Bienen und Insekten, sollte die Pflege von Grünanlagen künftig stärker auf deren Anforderungen ausgerichtet werden. Wir werden für eine stärkere bezirkliche Kontrolle der Vergabe und Durchführung erteilter Aufträge sorgen (zum Beispiel: Gartenbau, Pflege, Unterhaltung der Wege, Straßenbau).

Neben Park- und Grünanlagen sehen wir Urban Gardening als zusätzliche Nacherholungsgebiet und betrachten sie als Bereicherung für die Quartierskultur.

Soziale Infrastruktureinrichtungen in den Stadtteilen und Quartieren stärken – Freiwilliges und eigenverantwortliches Handeln in den Quartieren fördern.

Barrieren, die der Gesellschaftszugehörigkeit im Wege stehen, müssen abgebaut werden. Gerade in den Wohnquartieren muss sich selbstverantwortlich ein Raum der Teilhabe und Zugehörigkeit entwickeln – aus der Freiwilligkeit heraus, aber unterstützt durch begleitende Maßnahmen der Bezirke.

Wir Freie Demokraten wollen:

- dauerhafte Förderung von Freiwilligenagenturen und regelmäßige Ausrichtung von Freiwilligenmessen in den Bezirken beziehungsweise Stadtteilen und Quartieren. Ziel ist die bessere Vernetzung von Freiwilligen und Interessierten mit Vereinen und Initiativen.
- die Entstehung von Identität im Quartier durch Selbstverantwortung stärken. Das wollen wir durch eine stärkere und direkte Einbindung der Anwohner bei der Verteilung der bezirklichen Mittel mit der selbstbestimmten Verwendung durch alle Anwohner im Quartier erreichen.
- Wettbewerbe in der Stadt für „Best-Practice-Beispiele“ als Vorbild oder Anregung für andere Wohnquartiere initiieren. Ziel solcher Wettbewerbe soll die Stärkung der Gemeinschaft und des Zugehörigkeitsgefühls im Quartier sein.

Quartiersmanagement und Community-Center in den Bezirken etablieren.

Zusammengehörigkeit ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Reale oder gefühlte Ausgrenzung führt hingegen zu Abschottung und Vereinsamung, egal durch welche Ursache. Das widerspricht dem liberalen Gedanken nach Möglichkeiten und Chancen der Teilhabe. Die Entwicklung in den Quartieren hat in den letzten Jahren in vielen Bereichen zu Verunsicherung geführt.

Viele Probleme entstehen durch Kommunikationslücken. Werden diese verbessert oder geschlossen, ist das auch ein Zeichen von Wertschätzung und fördert die Motivation und nicht zuletzt das Eigenengagement. Die Förderung des sozialen Zusammenhalts in den Wohnquartieren ist eine der wichtigsten Aufgaben in den Bezirken. Wir wollen Angebote schaffen und Anreize setzen, um das Miteinander vor Ort zu stärken und Orientierung zu schaffen.

Zur Teilhabe gehören Information und Kommunikation, die die verschiedenen sozialen Schichten eines Bezirkes auch erreichen. Es ist für Bewohner entscheidend, welche stadtentwicklungs- oder integrationspolitische Herausforderungen auf ihr Quartier zukommen und welche Auswirkungen diese für sie haben.

Hier haben die Bezirksämter die entscheidende Aufgabe, Anliegen der Bürger schnell und nachvollziehbar zu lösen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- digital gestützte Quartiersplattformen, die soziale, ökonomische und funktionale Vernetzung zwischen räumlichen Umgebungen ermöglichen, um so Interaktionen von unmittelbaren Nachbarschaften zu fördern und weitere Möglichkeiten zum zwischenmenschlichen Austausch und zur verbesserten Integration zu schaffen,
- die dauerhafte Schaffung von modernen Begegnungsorten im Rahmen der Quartiersplanungen,
- die Einführung eines Quartierslotsen zur Verbesserung der Kommunikation.

Offene Kinder- und Jugendarbeit sichern – Zielgerichteten Einsatz von Maßnahmen der Jugendhilfe gewährleisten.

Kinder und Jugendliche brauchen auch außerhalb der Schule Freiräume. Diese bieten offene Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, zum Beispiel Jugendclubs und Bauspielplätze sowie die Jugendverbandsarbeit. Sie haben eine wichtige Funktion, denn Kinder und Jugendliche können ihre Freizeit dort selbstbestimmt und weitgehend selbstorganisiert gestalten. Kooperationen zwischen Schulen, Sportvereinen und Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in ihrer Nachbarschaft sollen gefördert, die bessere und regelhafte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Bezirken bei allen Fragestellungen, die ihr Leben direkt betreffen, erreicht werden.

Wir Freie Demokraten wollen, dass

- die wertvollen Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit ausgebaut und nicht zugunsten von verpflichtenden Ganztagschulen abgebaut werden. Weitere Kürzungen in diesem Bereich lehnen wir daher ebenso ab wie auf die Schule verlagerte Maßnahmen, die den Freiraum für die Kinder und ihre Entfaltung einschränken.
- die gesetzlich festgeschriebene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungsprozessen der Bezirksverwaltung gewährleistet wird.
- von den Bezirken verwaltete Raumangebote für die Jugendverbandsarbeit auszuweiten und den Jugendverbänden kostenlos zur Verfügung zu stellen sind.
- die Türen der Bezirksversammlungen für Jugendliche geöffnet und ihnen Gelegenheiten gegeben werden, möglichst früh Einblicke in kommunalpolitische Arbeit zu gewinnen. Deshalb setzen wir uns für eine Neuauflage des Projekts „Jugend in der Bezirksversammlung“ ein, um es als Format für Schüler, Studenten und Auszubildende in den Bezirken zu etablieren.

Chancengerechtigkeit durch Frühförderung von Kindern sichern.

Wir Freie Demokraten erachten eine Förderung der Eltern-Kind-Kompetenz als notwendig. Unter Anleitung von Frühförderungspädagogen unterstützen dabei die Eltern spielerisch die individuelle Entwicklung sowie den Spracherwerb des Kindes. Unabdingbar ist dabei der weitere Ausbau niedrigschwelliger Angebote.

Die Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepakets muss durch gezielte Informationskampagnen weiter gesteigert werden. Gleichzeitig fordern wir Freie Demokraten, die Antragswege deutlich zu vereinfachen und mehrsprachig verständlich zu erläutern, damit diese Leistungen auch von einer großen Zahl der Berechtigten in Anspruch genommen werden können.

Chancen und Teilhabe für Kinder allein- und getrennterziehender Eltern verbessern.

Kinder allein- und getrennterziehender Elternteile sind oftmals durch ihre sozialen Rahmenbedingungen in der Teilhabe an gesellschaftlichen Angeboten eingeschränkt. Damit verbunden sind finanzielle Probleme, die großen Einfluss auf das Leben innerhalb und außerhalb der Familie und auf die Entwicklungsmöglichkeiten ihrer Kinder haben sowie besondere Herausforderungen im sozialen Leben mit sich bringen. Kinder aus Familien in problematischen Situationen unterschätzen Studien zufolge oft ihre eigenen Fähigkeiten und sind emotional belasteter als Vergleichskinder. Dies hat Auswirkungen auf Kooperationsfähigkeit, Bildung und berufliche Ausbildung. Die Anzahl an allein- und getrennt erziehenden Familien weist eine deutlich steigende Entwicklung auf.

Die Chancen für Kinder allein- und getrennterziehender Elternteile, die wieder berufstätig sein möchten, sind vor allem über eine Optimierung der organisatorischen Rahmenbedingungen sowie direkte Angebote für die Kinder erreichbar.

Wir Freie Demokraten setzen uns ein für:

- die Entbürokratisierung der vielfältigen Förderwege für allein- und getrennterziehende Eltern und der Maßnahmen für betroffene Kinder. Beispiel: Der „Familienwegweiser“ der Stadt Hamburg listet auf drei DIN-A-4-Seiten eine Vielzahl von Angeboten und Formularen auf, die alle unterschiedliche Einzel-Aspekte abdecken.
- mehr Information und Beratung zur Nutzung von Fördermöglichkeiten durch spezialisierte Koordinationsstellen in den bezirklichen sozialen Diensten und Einbeziehung von Quartiersbüros.
- die Ausweitung der Anzahl an Kita-Plätzen und flexiblere Betreuungszeiten, um Rückkehr der Elternteile ins Berufsleben zu verbessern.
- die Schaffung von Anreizen bei der Vergabe von Kita-Plätzen, um Kinder aus allein- und getrennterziehenden Familien mit berufstätigen bzw. eine Berufstätigkeit anstrebenden Elternteilen verstärkt zu berücksichtigen.
- den Ausbau von Ganztagsbetreuungsangeboten mit qualifizierter Hausaufgabenbetreuung.
- Eintrittsermäßigungen bei Angeboten staatlicher Kultureinrichtungen für begleitende Elternteile, die sich an der Anzahl der Kinder orientieren und nicht an der Anzahl der begleitenden Erwachsenen.

Senioren – gesellschaftliche Teilhabe im besten Alter fördern.

Die demografische Entwicklung wird auch in Hamburg dazu führen, dass in den Quartieren immer mehr Senioren leben. Deshalb sollte darauf geachtet werden, dass Senioren auch weiterhin die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erhalten bleibt. Ihre vorhandenen Potentiale wollen wir Freie Demokraten in den Vordergrund rücken.

Deshalb werden wir uns einsetzen für:

- die Überprüfung sämtlicher Höchstaltersgrenzen bei freiwilligem Engagement, zum Beispiel bei den ehrenamtlichen Schöffen,
- den Ausbau der Informations- und Beratungsangebote für Senioren auf Ebene der Quartiere, zum Beispiel hinsichtlich der Aufnahme ehrenamtlicher Tätigkeiten oder Nutzung der eigenen Potentiale im Quartier,
- die weitere Erschließung von Möglichkeiten des Zusammenlebens in gemeinsamen Wohneinheiten verschiedener Altersgruppen.

Integration gemeinsam gestalten.

Wir Freie Demokraten handeln aus einem umfassenden Integrationsverständnis heraus. Erfolgreiche Integration erreichen wir, indem wir den Menschen sowohl auf der strukturellen als auch auf der sozialen Ebene gezielt Zugänge zu bedarfsbezogenen und passgenauen Maßnahmen schaffen. Integration ist für uns keine Einbahnstraße! Folglich ist es ein wesentlicher Erfolgsfaktor, die aufnehmenden Stadtquartiere an diesem Prozess frühzeitig und umfassend zu beteiligen.

Eine gelingende Integration vollzieht sich vor Ort in den Quartieren. Diese Strukturen werden wir entsprechend stärken.

Das wollen wir erreichen:

- **Unterstützer unterstützen:** Wir stärken das Ehrenamt! Die Unterstützung muss dort ansetzen, wo sie tatsächlich benötigt wird. Deshalb treten wir proaktiv in den Dialog mit Ehrenamtlichen, die Migranten bei ihrem Integrationsprozess begleiten. Gemeinsam mit ihnen werden wir Angebote in den Quartieren entwickeln, die die Kultur und Regeln ebenso vermitteln wie Sicherheit im Umgang mit Behörden und Verwaltung. Wir stützen uns dabei auf den breiten Erfahrungshorizont und die große Expertise der Ehrenamtlichen. Dabei sollte die Nutzung von Patenschaften stärker propagiert werden.
- **Sinnvolle und gezielte Förderung statt Mittelverteilung nach dem Gießkannenprinzip:** Die zur Verfügung stehenden Mittel müssen effektiv und effizient eingesetzt werden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die Fördermaßnahmen zielgruppenspezifisch einzusetzen. Gleichzeitig muss es eine Öffnung der Regelangebote geben, damit auch Migranten von den bereits bewährten Maßnahmen profitieren können.
- **Stärkere Teilhabe von Migranten am gesellschaftlichen Leben:** Wir sind davon überzeugt, dass eine erfolgreiche Integration vom Grad der aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben abhängt. Gesellschaftliche Teilhabe und Zugehörigkeit hängen nicht davon ab, wo jemand herkommt, sondern wo jemand hin möchte.

- Der Kontakt und Austausch mit Integrationsbeiräten, Migrantenselbstorganisationen sowie Integrationsnetzwerken ist ein wichtiger Grundstein unserer Arbeit.
- Unser Ansatz ist es, Zugänge zu schaffen, Kontakte zwischen Migranten und der einheimischen Bevölkerung zu fördern und den interkulturellen Austausch zu ermöglichen und zu intensivieren. Die Sprache ist ein wichtiger Bestandteil an der Teilhabe in der Gesellschaft. Der Wille zum Erlernen der Sprache ist der Schlüssel zur Integration.
- Wir fordern eine Anstrengung aus den Gemeinschaften der Migranten, Nachbarschaftskonflikte mit den Einheimischen aktiv zu lösen – Modelle wie etwa die „Kiezläufer“ sind zu unterstützen.

Gesundheitsversorgung in den Bezirken gewährleisten.

Die Kontrollen in Pflegeeinrichtungen müssen effektiver werden. Bei der Änderung des Hamburgischen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes wurde aus unserer Sicht eine Fehlallokation umfangreicher finanzieller Mittel bewirkt: Statt enorme Beträge in die Kontrolle der Pflegeleistungen zu investieren, wäre es sinnvoller, dieses Geld in die Pflege selbst zu investieren. Denn die Mängel, die in der Pflege festzustellen sind, treten auf, weil zu wenig Geld für eine angemessene Bezahlung von Pflegekräften zur Verfügung steht und sich zu wenige Menschen für diesen Beruf entscheiden. Zudem muss die Art der Kontrollen geändert werden: Es sollte mehr die Qualität der Pflege als die formale Dokumentation überwacht werden.

Gesundheit der Kinder durch bessere Bildungs- und Aufklärungsangebote stärken.

Die gesundheitliche Versorgung und Begleitung der Kinder in Hamburg ist durch überlastete Kinderarztpraxen und unterbesetzte schulärztliche Dienste gefährdet. Die Situation verschärft sich durch die erfreulich steigende Anzahl von Kindern in unserer Stadt.

Prävention muss früh ansetzen, um gesundheitlichen Fehlentwicklungen zu begegnen. Kinder müssen dabei die Chance erhalten, altersgerecht selbst Wissen über gesundheitsbewusstes Verhalten zu erlangen.

Bereits im Vorfeld der Schulzeit sollten Angebote entwickelt werden, die Kleinkindern – ähnlich wie bei der Jugendzahnpflege – bereits in Kita oder vergleichbaren Einrichtungen eine allgemeingesundheitliche Frühförderung ermöglichen. Gemäß entsprechender Präventionsprogramme der Krankenkassen sollte ein Modellprojekt im Sinne einer Förderpartnerschaft Kindergesundheit eingerichtet werden.

Stadtteilschulen als regionale Bildungseinrichtungen entwickeln.

Wir Freie Demokraten empfehlen eine engere Verzahnung zwischen Stadtteilschule und Ausbildungsbetrieben vor Ort. Für eine bessere Vernetzung und Orientierung ist eine stärkere Nutzung bestehender Beratungsmöglichkeiten (zum Beispiel KOMPASS von der Bundesagentur für Arbeit) vorteilhaft.

Neben öffentlichen Stellen muss auch ausbildenden Betrieben stärker die Möglichkeit eingeräumt werden, den Schülerinnen und Schülern ihre Chancen für die Berufswahl aufzuzeigen, zum Beispiel an Tagen der Wirtschaft in den Bezirken.

Bezirkliche Ausbildungsbörsen sehen wir als zusätzliche Chance, die Kontaktaufnahme von Schülerinnen und Schülern mit potentiellen Ausbildungsbetrieben zu erleichtern. Derartige Börsen bieten auch die Chance, neue Berufsgruppen, die im Rahmen der Digitalisierung entstehen, stärker in den Fokus der Schulen sowie der Schülerinnen und Schüler zu rücken. Hier sollte auch die Möglichkeit der Lehrer- und Schülerpraktika in der Hamburger Wirtschaft stärker publik gemacht und genutzt werden. Unter dem Rubrum ‚Schule trifft Wirtschaft‘ besteht bereits heute die Möglichkeit für Schüler und Lehrer, durch zweiwöchige Praktika tiefe Einblicke in die Wirtschaft zu erlangen.

Der offene Ganzttag bietet die Möglichkeit, ein qualitativ hochwertiges Nachhilfeprogramm auch unter Berücksichtigung externer Dienstleister zu realisieren. Für ein zielgerichtetes Nachhilfeangebot im schulischen Ganzttag sehen wir Freie Demokraten eine große Chance für eine verstärkte Kooperation mit den unterschiedlichen Nachhilfeträgern im Quartier. Bezirkliche Produktionsschulen sind zu unterstützen.

In Zeiten dichter werdender Bebauung und allgemeiner Platzknappheit müssen neue Lösungen gefunden werden, den vorhandenen Raum besser zu nutzen. Wir wollen daher bessere Möglichkeiten für Schulen entwickeln, ihre Räumlichkeiten nach Schulschluss für soziokulturelle Bedarfe im Quartier zu öffnen. Schulen stellen schon lange einen Begegnungsort unterschiedlichster Kulturen dar und bieten damit Chancen für kulturellen Austausch.

Bildungseinrichtungen integriert in die Entwicklung neuer Stadtquartiere planen.

Die Bedeutung der Vorschule für den späteren Schulerfolg wird oftmals unterschätzt. Ein qualitativ hochwertiges Vorschulangebot hilft nicht nur, Schülerinnen und Schülern unabhängig von ihrem Elternhaus gemeinsame Perspektiven zu eröffnen, sondern ist auch eine hervorragende Möglichkeit, konkrete Defizite zum Beispiel im Spracherwerb, auszugleichen. Wir Freie Demokraten setzen uns daher für die stärkere Vernetzung von Vorschulangeboten im Quartier ein.

Bei der Planung neuer Quartiere reicht es nicht mehr, eine Schulklassenplanung zu verfolgen, die der Bevölkerungsentwicklung hinterherläuft. Bei allen Maßnahmen der Stadt- und Quartiersentwicklung sind der perspektivische Bedarf an Klassenplätzen stärker als bisher zu berücksichtigen.

Wir erwarten, dass bei der Planung neuer Quartiere nicht nur der Bedarf an schulischer Bildung betrachtet wird, sondern auch dem Aspekt des lebenslangen Lernens Rechnung getragen wird. Dies betrifft beispielsweise Volkshochschulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Institutionen der beruflichen Weiterbildung und auch Senioreneinrichtungen.

Verkehrssicherheit beginnt bei der Planung des Quartiers. Im Bereich der Kindergarten- und Schulwegeplanung ist darauf hinzuwirken, dass die besonderen Anforderungen, die durch junge Verkehrsteilnehmer insbesondere in der Umgebung von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen entstehen, angemessen berücksichtigt werden.

Standorte bestehender Schulen sichern.

Schulen sind Institutionen, die teilweise über Jahrzehnte Quartiere und deren Entwicklungen mitgeprägt haben. Es ist daher sehr genau abzuwägen, seit langem bestehende Schulstandorte zugunsten anderweitiger Planungen aufzugeben. Oftmals ist eine Perspektive für momentan unterfrequentierte Schulen abzusehen, wenn eine langfristige Schulentwicklungsplanung zur Grundlage genommen wird.

Kultureinrichtungen in den Stadtteilen und Quartieren stärken.

Kultur findet überall dort statt, wo sich Menschen begegnen und miteinander austauschen können. Leuchtturmprojekte reichen nicht aus, um das Interesse für Kunst und Kultur zu fördern. Wir Freie Demokraten sprechen uns dafür aus, den Charakter Hamburgs als vielfältige, lebendige und moderne Metropole durch eine intensiviertere Förderung von Einrichtungen der Stadtteilkultur fortzuentwickeln. Dazu gehören Kulturzentren für Jugendliche und Familien, Geschichtswerkstätten, aber auch freie Gruppen und Initiativen, die zur kulturellen Teilhabe einladen. Wir wollen dabei die integrative Kraft jeder Form kultureller Teilhabe über Generationsgrenzen und gesellschaftliche Gruppen hinweg nutzen.

Stadtteilkultur erschließt nicht nur neue Publikumsschichten und schafft damit die Zukunftsgrundlage einer Kulturmetropole. Sie fördert auch die Verortung des Einzelnen in seinem sozialen Umfeld und damit den sozialen Frieden sowie den Zusammenhalt in einer sich stark wandelnden multikulturellen Gesellschaft.

Nachhaltige, gesellschaftlich breit verankerte kulturelle Teilhabe soll von Jung auf möglich sein, denn ihre positiven Impulse fruchten umso mehr, je früher sie erfolgen. Besonders Kinder und Jugendliche, die sozial, kulturell oder finanziell unterprivilegiert aufwachsen, sind auf die Angebote der Stadtteilkultur angewiesen. Sie soll den Zugang zu anderen Kultureinrichtungen eröffnen, wenn dies über Eltern, Freunde und soziale Kontakte nicht gegeben ist. Wir Freie Demokraten stehen für Chancengerechtigkeit – sie bedeutet kulturelle Teilhabe aller Bürger. Alle Einrichtungen der staatlich geförderten Stadtteilkultur sollen barrierefrei erreichbar sein. Die Teilhabeangebote sollten inhaltlich vielfältig sein und der kulturellen Vielfalt im Quartier entsprechen.

Bei der Entwicklung neuer Quartiere sind die Bedürfnisse von freien Gruppen der Musik-, Theater- und Kunstszene zu berücksichtigen und in die Planung einzubeziehen um sicherzustellen, dass neue Nachbarschaften kulturell belebt werden.

Sport und Bewegung in den Stadtquartieren ermöglichen.

Wir Freie Demokraten fordern die konsequente Umsetzung der Dekadenstrategie HAMBURGMachtSPORT und die im Masterplan Active City (MPAC) konkretisierten Vorhaben zur Förderung von Sport und Bewegung in den Stadtquartieren und in öffentlichen Parks. ParkSport als Freiraumkonzept soll im Zusammenhang mit geeigneten städtebaulichen Entwicklungsprojekten berücksichtigt werden.

Ein guter Zustand der Sportflächen in Hamburg ist die Voraussetzung für ein qualitativ hochwertiges Sport- und Bewegungsangebot vor Ort. Die Modernisierung und Instandsetzung der öffentlichen Sportanlagen wird zentral über das Fachamt Bezirkslicher Sportstättenbau des Bezirksamts Hamburg Mitte koordiniert, das regelmäßig in einem Bauzustandsbericht über den Zustand der Sportflächen berichtet. Es müssen

vielfältige Anstrengungen unternommen werden, um den durchschnittlichen Zustand der Sportflächen nicht unter 85 Prozent fallen zu lassen und dass mittelfristig ein bezirksübergreifender Mittelwert von 90 Prozent erreicht wird. Die „Active City“ Hamburg kann sich marode Sportflächen nicht erlauben.

Aber nicht nur der Sportflächenbestand erfordert unsere Aufmerksamkeit: Auch bei der Planung neuer Quartiere und Stadtteile muss der Sport von Anfang an mitgedacht werden. Zum Leidwesen des Sports geht diese Aufgabe in Hamburg in der Vielfalt der Verantwortlichkeiten unter – beteiligt sind das Landessportamt, das Fachamt Bezirklicher Sportstättenbau, die einzelnen bezirklichen Sportabteilungen, die Behörde für Schule und Berufsbildung, Schulbau Hamburg und hinsichtlich übergreifender Planungen die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen. Niemand reklamiert für sich die finale Zuständigkeit. Die Folgen dieser verfehlten Koordination sind insbesondere in der HafenCity zu sehen. Dieser unhaltbare Zustand muss beendet werden. In einem ersten Schritt verlangen wir, den Hamburger Sportbund (HSB) bei allen neuen Maßnahmen der Quartiersentwicklung gleichberechtigt zu den Trägern öffentlicher Belange zu beteiligen. In einem weiteren Schritt muss in Hamburg eine Instanz geschaffen werden, die in allen Bereichen und in jedem Vorhaben die Interessen des Sports verbindlich vertritt.

Für eine bessere Vernetzung von Landessportamt, Sportabteilungen der Bezirksämter, Schulen, Kitas und Vereinen setzen wir uns für die Durchführung „Regionaler Sportkonferenzen“, angelehnt an die „Regionalen Bildungskonferenzen“, ein.

Die von Hamburgs Sportvereinen betriebenen Sportanlagen sind Ausdruck einer lebendigen Vereins- und Verbandslandschaft und wichtiger Bestandteil des Sportflächenangebots in unserer Stadt. Vereinseigene Bauvorhaben wollen wir durch finanzielle Förderung sowie weiterhin durch die günstige Bereitstellung von Krediten der städtischen Investitions- und Förderbank unterstützen. Neu gegründete Vereine wollen wir dabei unterstützen, schnell und nachhaltig Nutzungszeiten auf Sportflächen zu erlangen.

Hierfür ist nicht nur eine insgesamt größere Sportfläche eine Möglichkeit, sondern auch die intensivere Nutzung der bisher vorhandenen Fläche, zum Beispiel durch Kunstrasenplätze, bessere Ausleuchtung von Sportplätzen bei Nacht und Lärmschutzanlagen.

Um die in Hamburg insgesamt zur Verfügung stehende Netto-Flächennutzungszeit zu erhöhen, wollen wir eine bessere Koordinierung beim Ausbau dieser Faktoren durchsetzen. Zudem wollen wir in staatlichen Sporthallen Spätnutzungszeiten bis 24:00 Uhr ermöglichen. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass Privatpersonen der Zugang zu öffentlichen Bolzplätzen und Schulsportplätzen gewährt wird, wenn diese nicht durch Schulen oder Vereine genutzt werden.

Staatliche Schulsportanlagen, die wegen der Aufgabe oder Verlagerung von Schulstandorten für den Sportunterricht nicht mehr genutzt werden, sollen unter der Regie der Bezirksämter für den Vereinssport erhalten bleiben.

Eine tragende Säule des Breitensports ist das ehrenamtliche Engagement von Betreuern, Übungsleitern, Organisatoren, Trainern und Schiedsrichtern wie Ärzten. Oft generationenübergreifend, haben sich viele Sportbegeisterte in den Vereinen, Clubs und Gemeinden mit großem Einsatz eingebracht. Leider ist aber zu beobachten, dass sich zunehmend weniger Bürger in diesem Bereich engagieren. Auch für die Übernahme

der Verantwortung von organisatorischen und verwaltungstechnischen Maßnahmen, die im Rahmen der Vereins-, Turnier- oder Lehrgangsbetreuung anfallen, gibt es heute nur noch wenig Freiwillige. Wir Freie Demokraten empfehlen deshalb, das sportliche Ehrenamt in Form von Ehrungen auch auf Bezirksebene anzuerkennen und das freiwillige Engagement zu fördern.

Sichere Stadt – Sicherheit und Ordnung beginnt im Wohnquartier.

Dezernate für Ordnung und Bevölkerungsschutz einrichten.

Sicherheit in der Stadt beginnt mit der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung im Wohnquartier. Hierauf wollen wir Freie Demokraten ein besonderes Augenmerk richten. Als bürgernächste Verwaltungsebene in Hamburg sind die Bezirksämter gefragt, dafür Sorge zu tragen, dass Ordnung und der Schutz der Bevölkerung gewährleistet werden. Wir werden jeweils ein Dezernat für Ordnung und Bevölkerungsschutz in den sieben Bezirksämtern einrichten, das folgende Aufgabenschwerpunkte umfasst:

- Einrichtung eines zentralen Beschwerdemanagements, das innerhalb kurzer Fristen verbindliche Rückmeldung bezüglich Bürgeranfragen und -hinweisen (zum Beispiel über den Melde-Michel) gibt,
- Wiedereinführung des lokal organisierten Bezirklichen Ordnungsdienstes (BOD), der für Sicherheit und Sauberkeit auf den Stadtteilplätzen und in den öffentlichen Parkanlagen sorgt,
- Übernahme der Aufgaben der Unteren Straßenverkehrsbehörde und der Überwachung des ruhenden Verkehrs.

Das Dezernat soll sich regelmäßig mit der Polizei in Lagebesprechungen abstimmen. Darüber hinaus soll die Arbeit des Dezernates durch einen eigenen bezirklichen Ausschuss begleitet werden.

Großveranstaltungen in den Bezirken ermöglichen – Öffentliche Finanzierung von Sicherheitskosten gewährleisten.

Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ist Kernaufgabe des Staates. Für Anti-Terror-Maßnahmen dürfen die Kosten deshalb nicht auf Veranstalter umgelegt werden. Darüber hinaus ist die Gefahr von Terror-Anschlägen keine, die von den Veranstaltungen direkt ausgeht. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass alle externen Sicherheitskosten von der öffentlichen Hand getragen werden.

Des Weiteren sollen die Gebühren für einen Einsatz der Polizei bei einem Falschalarm von Alarmanlagen, die dem Einbruchschutz dienen und aus technischen Gründen oder wegen nicht grobfahrlässiger Bedienung einen polizeilichen Einsatz auslösen, abgeschafft oder zumindest deutlich abgesenkt werden. Gezielte unbegründete Alarmauslösung soll weiterhin mit Gebühren belegt werden.

Opferschutz in den Bezirken stärken.

Jede und jeder kann Opfer einer Straftat werden. Deshalb fordern wir Freie Demokraten die Einführung eines Opferschutzbeauftragten in jedem Bezirk. Ein Schwerpunkt der Arbeit des Opferschutzbeauftragten liegt in der respektvollen Annahme der Situation und der persönlichen Beratung von Opfern häuslicher Gewalt, Stalking (Nachstellung), Sexualdelikten sowie Gewaltdelikten, insbesondere solchen Straftaten oder Ereignissen, die ein traumatisierendes Potential in sich tragen. Deshalb brauchen gerade diese Opfer schnelle Hilfe.

Die Verarbeitung von beeinträchtigenden Erlebnissen verläuft in vielen Fällen günstiger, wenn die Betroffenen über das Erlebte und die damit verbundenen Gefühle sprechen können. In manchen Fällen kann sich aus einem Gespräch mit dem Opferschutzbeauftragten eine Vermittlung an weitergehende Hilfsangebote, wie zum Beispiel die Opferhilfeorganisation „Weißer Ring“, eine Fachberatungsstelle oder die Traumaambulanz ergeben. Eine schnelle Aufnahme in das Netzwerk der spezifischen Hilfsangebote durch den Opferschutzbeauftragten unterstützt das Opfer beim weiteren Umgang mit dieser belastenden Situation. Die Bezirksamter müssen sicherstellen, dass die Opferschutzbeauftragten niedrigschwellig erreichbar ist.

Wachsender Verkehr – die Liberale Mobilitätszusage für Hamburg.

Mobilität ist Freiheit. Wir Freie Demokraten setzen auf eine Verkehrspolitik, die persönliche Vorlieben berücksichtigt, vielfältige Mobilitätsangebote schafft und unterschiedliche Interessen der Verkehrsteilnehmer ausgleicht. Durch Zuverlässigkeit, Sicherheit und optimiertes Verkehrsmanagement wollen wir dafür sorgen, dass gegenseitige Behinderungen von motorisiertem Verkehr, Fahrradverkehr, ÖPNV und Fußgängern minimiert werden. Denn der öffentliche Raum steht allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung.

Daher versprechen wir Freie Demokraten die Liberale Mobilitätszusage für Hamburg: Allen Hamburgern soll ermöglicht werden, mit öffentlichen Verkehrsmitteln die zentralen Verkehrsknotenpunkte und ihren Arbeitsplatz mindestens so schnell zu erreichen wie mit dem Auto. Hamburg braucht eine Mobilitätsoffensive, die für einen zuverlässigen angebotsorientierten statt mangelnden nachfrageorientierten ÖPNV steht. Dies erfordert den massiven Ausbau des Schienennetzes und kreative Lösungen, um den Weg von der Haustür zu S- oder U-Bahnstation schnell und komfortabel zu gestalten. Damit wäre der ÖPNV eine echte Alternative für den Autoverkehr.

Eine moderne städtische Verkehrspolitik muss Transportmittel unterstützen, die sowohl in Produktion, als auch bei Betrieb und Entsorgung umweltfreundlich und emissionsarm sind. Strikte Verbote bestimmter Technologien lehnen wir Freie Demokraten ab. Vielmehr erwarten wir, dass die Stadt mehr Anreize für den Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel setzt.

Die Bezirke haben hierbei die Aufgabe, gemeinsam mit der Stadt langfristige Konzepte zu entwickeln, um jeden Stadtteil in Hamburg optimal in das Verkehrsnetz unter Einbeziehung absehbarer technologischer Innovationen im Mobilitätsbereich einzubinden. Die Attraktivität eines Stadtteils für Wohnungssuchende hängt insbesondere mit dessen Erreichbarkeit zusammen. Eine vorausschauende Verkehrspolitik, die sich

schon heute an den zukünftigen Bedarfen orientiert, ist für uns ein zentraler Aspekt bei der Entlastung des Wohnungsmarktes in zentral gelegenen Stadtteilen.

Der wichtigste Punkt hierfür ist ein vorausschauender Ausbau des Schienennetzes von S- und U-Bahn, sowie eine Erweiterung des HVV.

Die Planung und Realisierung von Umgehungsstraßen um das Hamburger Stadtgebiet führen ebenfalls zu einer Entlastung des Stadtbereiches.

Den Öffentlichen Personen-Nahverkehr konsequent erweitern.

Ein attraktives ÖPNV-Angebot ist unverzichtbarer Bestandteil einer Millionenmetropole und ermöglicht nachhaltig Mobilität. Unser Ziel ist, das zukünftige Verkehrswachstum in hohem Maße durch einen eng getakteten und verlässlichen ÖPNV zu bewältigen. Hierzu gehören saubere Bahnhöfe und Verkehrsmittel, mit denen die Menschen gerne fahren.

Der schienengebundene ÖPNV in der Stadt und in der Metropole soll wie folgt ausgebaut werden:

- Weiterführung der U4 in Richtung Süden, Ergänzung der U2 nach Norden und nach Bergedorf sowie die Planung der U5 mit Streckenführung über den Siemersplatz, um bisher nicht erschlossene Stadtteile anzubinden,
- Ergänzung des S-Bahnnetzes durch die S4 sowie Ausfädelung der S-Bahn in Richtung Altona und Lurup / Osdorf,
- eine weitere Elbquerung mit einem zusätzlichen Elbtunnel für S-Bahnen von Altona via Cruise Center Altona und Steinwerder sowie Einbindung in die Planung der neuen Köhlbrandquerung.

Der HVV ist durch folgende Maßnahmen zu modernisieren:

- Schaffung eines Norddeutschen Verkehrsverbundes (von Flensburg bis Hannover), der verstärkt als Dachmarke mit einem gemeinsamen Außenauftritt verbindlich für Schnelligkeit, Sauberkeit und Sicherheit steht.
- Verdichtung der Taktung und durchgängiger Verkehr zu allen Tages- und Nachtzeiten mit klar definierten und verbindlichen Wartezeitobergrenzen sowie flächendeckender angemessener Haltestellenerreichbarkeit.
- Für Pendler sind bedarfsgerecht P+R Parkplätze auch im Umland zu schaffen. Parkgebühren für P+R Parkplätze sollten abgeschafft oder in voller Höhe mit Tickets für den ÖPNV verrechnet werden. Beispielsweise könnte ein P+R Tagesticket als HVV- Tagesticket anerkannt werden. An Haltestellen im Umland müssen attraktive Zubringerlösungen wie Carsharing und sogenannte öffentliche On-Demand-Angebote wie zum Beispiel ioki Hamburg bereitgestellt werden, um weniger dicht besiedelte Gebiete gut an den ÖPNV anzubinden.
- Flächendeckendes WLAN im ganzen ÖPNV-Netz muss zum Standard werden, damit die Menschen die Transportzeit aktiv nutzen können. Wir fordern digitale Barrierefreiheit auch für ältere Menschen. Dienste, die aktuell nur per App möglich sind, sollten in Zukunft auch telefonisch gebucht werden können.

- Tarif- und Ticket-System müssen intuitiver bedienbar werden. Tarifzonen müssen an Querverkehre angepasst und ein flächendeckendes smartes E-Ticketing nach dem Vorbild internationaler Metropolen inklusive erschwinglicher Flatrate-Angebote eingeführt werden.
- Konsequentes und vernetztes Pünktlichkeitsmanagement mit fortlaufender Minimierung möglicher Betriebsstörungen.

Fahrradverkehr ausbauen.

Wir Freie Demokraten setzen uns für folgende vordringliche Maßnahmen zum Ausbau des Fahrradverkehrs ein:

- Die Hamburger Velorouten sollen beschleunigt und sicher ausgebaut werden. Die Radwege sind verlässlich zu sanieren. In den Außenbezirken soll der Ausbau der Velorouten und der Radwege eng mit den angrenzenden Bundesländern abgestimmt werden.
- Fahrradwege sollen vorrangig geschützt zwischen Parkstreifen und Fußwegen entlanggeführt werden soweit dies baulich möglich und die sicherste Lösung ist.
- Nach vorn versetzte Ampeln für Radfahrer können an unübersichtlichen Kreuzungen eine Option zur Verbesserung der Verkehrssicherheit sein.
- An den S- und U-Bahnhöfen wollen wir Fahrradgaragen einrichten, die ohne vorherige Buchung nutzbar sein sollen. An geeigneten Plätzen können die Abstellanlagen auch unterirdisch errichtet werden.
- In den Hamburger S-Bahnen sollen Fahrradwagons eingerichtet werden.

Autoverkehr muss fließen.

Wir Freie Demokraten setzen uns für die nachhaltige Erhaltung des Hamburger Straßennetzes und die Beseitigung von Staus ein:

- Durch ein zentrales Baustellenmanagement, das alle Akteure einbindet, sollen Bauvorhaben zielgerichtet geplant und so durchgeführt werden, dass der Verkehrsfluss gewährleistet wird. Straßenschäden (Schlaglöcher) sollen mittels einer Hotline gemeldet und zeitnah beseitigt werden.
- Baustellen müssen örtlich, zeitlich und hinsichtlich der Verkehrsführung so geplant werden, dass sie die Mobilität der Menschen möglichst wenig beschränken. Des Weiteren müssen die Verkehrsteilnehmer frühzeitig auf diese Baumaßnahmen durch entsprechende Beschilderung hingewiesen werden.
- Verträge für die Durchführung von Baustellen sollen so geschlossen werden, dass sie Anreize für Beschleunigungen und Sanktionsmöglichkeiten für Verzögerungen ermöglichen. Hierbei ist regelmäßig auf Mehr- und Wochenendschichten zu setzen.
- Wir positionieren uns klar gegen Fahrverbote. Stickoxidbelastungen können durch intelligente Verkehrslenkung, grüne Wellen und städtebauliche Maßnahmen gesenkt werden.
- Wir lehnen die Ausweitung von Tempo-30-Zonen auf Hauptstraßen ab.

- Wir wollen die intelligente Parkplatzsuche vorantreiben und setzen uns deshalb für den Einsatz und die Ausweitung entsprechender Technologien ein. Die Parkplatzsuche via App kann Gebiete, die besonders von hohem Parkdruck betroffenen sind, von Suchverkehren entlasten.
- Angebote für das Carsharing sollen über den Ring 2 hinaus in die Stadtrandlagen ausgedehnt werden.
- Wir wollen die Busspuren für Carsharing und andere Sharingdienste, beispielsweise für Roller öffnen.

Wirtschaftsverkehr gewährleisten.

Neben dem Individualverkehr muss auch der Lieferverkehr mitgedacht werden. Folgende Maßnahmen sind vordringlich:

- Einrichtung von Haltezonen für den Lieferverkehr an Hauptstraßen.
- Einbeziehung der Wasserstraßen.
- Freigaben von Busspuren für den Lieferverkehr sollen mit dem Ziel geprüft werden, eine effektive Verkehrsentslastung zu erzielen.
- Obligatorische Ausrüstung von LKWs mit Einrichtungen zur Vermeidung von Abbiegeunfällen.

Chancen für Arbeitsplätze vor Ort – Lokale Wirtschaft in den Bezirken stärken.

Wirtschaftsförderung in den Bezirken ausbauen.

Die Wirtschaftsförderung in der übergeordneten Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation und in den Bezirken sollte idealerweise zentrale Anlaufstelle für interessierte Unternehmen sein. Sie muss den Gesamtbereich der Wirtschaft im Blick haben, dazu gehören Produktionsbetriebe, Logistikunternehmen, Dienstleistungsunternehmen, Handwerk, Handel und Tourismus. Davon sind Hamburg und die Bezirke noch weit entfernt.

Die bezirkliche Wirtschaftsförderung fristet ein Schattendasein. Der Anspruch eines One-Stop-Shops für interessierte Unternehmen wird aufgrund der geringen Personalausstattung und der mangelnden Kommunikation zwischen der Fachbehörde und den Bezirksämtern nicht erfüllt.

Hamburg verliert bei vielen Projekten gegenüber Schleswig-Holstein, weil eine Beratung und Bereitstellung von Flächen sowie die Erteilung von Genehmigungen zu lange dauern.

Um diese Entwicklung zu stoppen, sind folgende Maßnahmen vordringlich:

- Die Wirtschaftsförderung muss ein klares Leitbild für die wirtschaftliche Entwicklung im Bezirk entwickeln.
- Sie ist in den Bezirken personell hinreichend auszustatten, dass eine kompetente und zeitnahe Bearbeitung der Aufgaben möglich ist.

Dazu gehören:

- die Beratung interessierter Unternehmen und die Ansiedlung.
- die Abstimmung der bezirklichen Interessen und Anforderungen mit den Vorhaben.
- die Vernetzung mit Universitäten, Hochschulen und der Handelskammer.
- das Management von Business Improvement Districts.
- eine ausreichende Ausweisung und Sicherung von Gewerbeflächen entsprechend den unterschiedlichen Anforderungen der Branchen.

Einhergehend mit dem Wachstum der Stadt wird auch die Nachfrage nach Arbeitsplätzen in Hamburg wachsen. Das erfordert eine entsprechende Ausweisung zusätzlicher Gewerbegebiete sowie neue Formen der Mischung von Gewerbe und Wohnen.

Den örtlichen Handel stärken.

Zu einem lebenswerten und attraktiven Stadtteil gehört ein florierender Einzelhandel mit diversen Angeboten. Durch den zunehmenden Online-Handel befindet sich der stationäre Einzelhandel unter Druck. Insbesondere inhabergeführte Einzelstandorte mit lokalen Angeboten ziehen sich zurück. Die Bezirksverwaltungen müssen den Einzelhandel in den Quartieren unterstützen.

Wir Freie Demokraten empfehlen:

- Business Improvement Districts sollen eingerichtet werden, wenn dadurch privatwirtschaftliches und nachbarschaftliches Engagement vor Ort gefördert wird. Sie dürfen aber nicht dazu führen, dass die Finanzierung staatlicher Aufgaben und Grundversorgung ganz oder teilweise an die Privatwirtschaft abgeschoben wird.
- Die bezirkliche Wirtschaftsförderung muss in Zusammenarbeit mit dem Einzelhandel und der Handelskammer Konzepte zur Steigerung der Attraktivität erarbeiten.
- Die Koordination der Angebote im Handel, in der Gastronomie und im Tourismus sind abzustimmen. Wir setzen dabei auf die Selbstorganisation der Gewerbetreibenden in Interessengemeinschaften vor Ort.
- Diese lokalen Initiativen sollen von der bezirklichen Wirtschaftsförderung unterstützt und moderiert werden. Diese Unterstützung muss dabei auf Dauer angelegt sein und nicht wie heute in Einzelprojekten, die schon nach kurzer Zeit wieder auslaufen.
- Die Bezirksverwaltung muss für die großzügige Genehmigung von Außenaktivitäten und -gastronomie eintreten, um die Kundenfrequenz in den Einzelhandelslagen zu steigern. Eine höhere Attraktivität für den lokalen Handel hängt auch von einer Durchmischung von Straßen und Quartieren für mehr Erlebniskultur vor Ort ab. Die Bezirke müssen dafür Konzepte erarbeiten.
- Gute Verkehrsanbindungen, Transportmöglichkeiten und Parkplätze müssen ebenfalls in den Hamburger Bezirken sichergestellt sein.
- Die Öffnungszeiten der stationären Geschäfte sind auch an Sonntagen regelhaft freizugeben. Bis zur Herstellung der hierfür notwendigen grundgesetzlichen Rahmenbedingungen sollen zusätzlich zu den bestehenden vier zentralen verkaufsoffenen Sonntagen pro Jahr zwei weitere je Bezirk ermöglicht werden.

- In den Bezirken ist ein Stadtteilmarketing zu etablieren, das die Angebote des Handels, der Gastronomie, der Hotellerie und des Tourismus im Blick hat und koordiniert.
- Eine wichtige Rolle in den Quartieren spielen Wochenmärkte mit ihren häufig lokalen Angeboten. Um die Standorte langfristig für die notwendige Nahversorgung zu sichern, wollen wir die Märkte größtenteils in die Selbstverantwortung überführen. Die daraus erzielten Einsparungen in der Verwaltung sollen für deutliche Gebührensenkungen genutzt werden. Hier gilt es für die Bezirksverwaltungen, die vereinbarten Standgebühren vollständig in die Erhaltung und Verbesserung der Wochenmarktplätze und deren Infrastruktur einzusetzen.
- Für die gute Erreichbarkeit wollen wir an Markttagen sogenannte Zeitparkplätze (zwei Stunden) einführen.

Das örtliche Handwerk stärken.

Das Handwerk ist in Hamburg ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. 15.000 Hamburger Handwerksbetriebe mit über 120.000 Beschäftigten erwirtschaften einen Umsatz von ca. 12 Milliarden Euro und tragen damit in hohem Maße zum Wohlergehen der Stadt bei. Auch im Handwerk ist die Digitalisierung vieler Prozesse eine alltägliche Selbstverständlichkeit geworden. Deshalb muss auch dort die Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung in den Bezirksämtern und Servicecentern genauso einfach und selbstverständlich sein, wie dies in anderen Bereichen des Wirtschaftslebens heute bereits der Fall ist.

Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb dafür ein, dass

- die heute angebotenen Dienste und Verwaltungsvorgänge in den Servicecentern und Einrichtungen der Bezirke in allen Fällen auch online für die Handwerksfirmen angeboten werden. Beispiele: Genehmigungen für Grabungen, Sondergenehmigungen für Parken, Genehmigungen für Nutzung von öffentlichem Grund.
- ein Vorinformationssystem zu Baustellen als einheitliches Portal eingerichtet wird, das die verschiedenen vorhandenen Daten- und Informationsquellen der Stadt und der Bezirke zusammenfasst.
- die Bezirksämter, die Fachbehörden, die öffentlichen Versorgungsunternehmen wie HamburgWasser und Stromnetz Hamburg auf einer einheitlichen Plattform rechtzeitig und umfassend alle Informationen über geplante und aktuelle Baustellen bereitstellen, damit sich die Handwerksbetriebe und Gewerbetreibenden, die Inhaber von Geschäften und Lokalen, aber auch interessierte Bürger über die Auswirkungen informieren und in ihren Entscheidungen darauf einstellen können.
- die Bezirke und das Land Hamburg Flächen bereitstellen, die von Unternehmen des Handwerks für Ansiedlung und Wachstum nachgefragt werden.
- Bezirke die Etablierung von privaten Gewerbehöfen bei einer Nachfrage seitens der Handwerksbetriebe im Rahmen des baurechtlichen Genehmigungsverfahrens positiv begleiten. Gewerbehöfe sollten von privaten Investoren entwickelt und bewirtschaftet werden.
- Vorschriften für Handwerk und Handel auf ihre Wirksamkeit nach einigen Jahren geprüft werden beziehungsweise ein Auslaufen automatisch erfolgt (Verfallsdatum).

Regionale Landwirtschaft erhalten.

Um die Versorgung der Metropole Hamburg mit frischen und gesunden Produkten zu garantieren, sind der Anbau von Gemüse, Obst und Blumen in der unmittelbaren Region und kurze Lieferwege und -zeiten wesentliche Voraussetzungen. Hamburg muss bei aller Bautätigkeit die wirtschaftlichen Flächen der Agrarbetriebe im direkten Umfeld erhalten.

Die durch vielfältige Eingriffe in die Natur notwendigen Ausgleichmaßnahmen dürfen nicht nur zu Lasten der Landwirte in Hamburg realisiert werden. Des Weiteren stehen wir auch sogenannten ‚Urban-Gardening‘ und ‚Stadt-Farm‘-Konzepten offen gegenüber und wollen diese fördern.

Tourismuskonzepte für die Bezirke entwickeln.

Hamburg ist eine Metropole für den internationalen Tourismus. Davon profitiert die Stadt. Die Bezirke profitieren hingegen zu wenig. Alster, „Elphi“, Hafen und Reeperbahn sind wunderbare Ziele. Hamburg hat vor Ort aber noch viel mehr zu bieten.

Wir Freie Demokraten verlangen, dass:

- die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation und die Behörde für Kultur und Medien gemeinsam mit den Bezirken Konzepte zur Präsentation der Hamburger Bezirke im nationalen und internationalen Tourismusmarketing Hamburgs erarbeiten. Diese Integration muss auf eine kontinuierliche Basis gestellt werden und sollte keine einmalige Aktion bleiben.
- die vielfältigen Kulturaktivitäten in den Bezirken dabei stärker in das Tourismusmarketing Hamburgs einbezogen werden.
- auf den Webseiten Hamburgs und von Hamburg Tourismus eine einheitliche Oberfläche für Nutzer geboten wird, die mit hoher Reichweite alle Events und Veranstaltungen in den Bezirken und Stadtteilen darstellt.
- Großevents, die auch immer als Touristenmagneten dienen, vermehrt über die Bezirke verteilt werden. Die Hamburger Innenstadt rund um die Alster ist eine schöne, aber nicht die einzige attraktive „Location“ für Veranstaltungen in Hamburg.
- Restriktionen und Vorschriften für die Nutzung von Außenflächen für die Hamburger Gastronomie dringend überprüft und Überregulierungen aufgehoben werden. Nur wenn die Quartiere attraktive Gastronomie und Handel bieten, werden sie auch vermehrt Touristen anziehen.
- Prospekte und Handreichungen auch in weiteren Sprachen als nur in Deutsch oder Englisch gefertigt werden.

Angemessene Finanzierung der Bezirke sichern.

Haushaltsrecht der Bezirke modernisieren.

Wir Freie Demokraten wollen den Freiraum der Bezirke im Haushaltsrecht erweitern. Die Bezirksversammlungen erhalten somit mehr Spielraum bei der Aufstellung und Durchführung der bezirklichen Haushaltspläne.

Im Rahmen der vom Senat festgelegten Eckwerte des Haushaltsplans erhalten die Bezirke bei der Aufstellung ihrer Haushaltspläne weitgehende Gestaltungsfreiheit, um Schwerpunkte neben der Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufgaben zu bilden.

Auskömmliche Finanzierung und effiziente Kostenkontrolle gewährleisten.

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine auskömmliche Finanzierung bezirklicher Aufgaben ein. Die Verantwortung für die Aufgabenwahrnehmung und die Finanzierung gehören in die Hand der Bezirksamtsleitungen. Die für die Aufgabenwahrnehmung erforderlichen Haushaltsmittel sollen direkt in den bezirklichen Einzelplänen veranschlagt werden.

Soweit Zuweisungen aus den Einzelplänen der Fachbehörden an die Bezirke darüber hinaus erforderlich sind, sollen die damit verbundenen Eingriffsregelungen sowie die Begrenzung von Deckungsfähigkeiten und Übertragbarkeiten weitgehend aufgehoben werden. Auch für die Bezirkshaushalte muss das Bestellerprinzip gelten. Für jede neue an die Bezirke übertragene Aufgabe muss der Finanzrahmen entsprechend ausgeweitet werden.

Wir werden die bestehenden Aufgaben sowie die Organisation der Bezirksverwaltung und des Zentralamtes in der Finanzbehörde kritisch hinterfragen. Unser Ziel ist es, die Bezirksverwaltung von nicht notwendigen Aufgaben und Bürokratie zu entlasten und eine effiziente Kostenkontrolle zu gewährleisten.

Wir wollen den Weg einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung gehen. Daher hat die Entschuldung der Stadt für uns eine hohe Priorität. Das Prinzip „pay as you go“ nehmen wir deshalb auch in den Bezirken ernst und verstehen die Schuldenbremse als Ausgabenbremse. Das bedeutet, dass notwendige Mehrausgaben durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert werden müssen.

Anreizmodelle für eigene Einnahmen entwickeln.

Zur Erfüllung der Aufgaben der Bezirke wollen wir Freie Demokraten das bisherige Haushaltssystem optimieren und den Bezirken eine tatsächliche Finanzhoheit ermöglichen.

Wir Freie Demokraten wollen mehr Anreize für die Bezirke schaffen, damit sie eigene Einnahmen durch den Erfolg ihres Verwaltungshandelns erzielen können. Wir schlagen vor, dass fünf Prozent des in Hamburg erzielten Gewerbesteueraufkommens den Bezirken für einen Verfügungsfonds verbleiben, damit die Bezirksversammlungen eigene Schwerpunkte setzen können.

Gleichzeitig setzen wir Freie Demokraten uns auf Bundesebene für eine Reform der Gewerbesteuer ein. Sollte die verfolgte Änderung der Gewerbesteuer umgesetzt werden können, ist eine gleichwertige Ersatzregelung für die bezirklichen Verfügungsfonds zu gewährleisten.

Die Bezirke sollen die Möglichkeit bekommen, private Spenden projektbezogen einzuwerben, die aus einem Fonds der Stadt mit einem bestimmten Betrag kofinanziert werden. So wollen wir in den Bezirken mehr Anreize für gesellschaftliches Engagement setzen.

Die Bezirke fit für Europa machen.

In Hamburg gibt es vergleichsweise wenige kommunale Projekte, die von der Europäischen Gemeinschaft mitfinanziert werden. Hier wird eine Chance vertan, für die Bezirke bedeutsame Projekte budgetentlastend umzusetzen.

Wir Freie Demokraten setzen uns ein für

- eine bessere Ausschöpfung europäischer Fördermittel durch die Bezirksämter, um eigene Leuchtturmprojekte zu verwirklichen und den Budgetdruck zu vermindern,
- die Qualifizierung der bezirklichen Haushaltsabteilungen für den Bereich der EU-Förderangebote sowie zur Identifizierung geeigneter Projekte.

Grundsteuer metropolengerecht reformieren.

Wir Freie Demokraten verlangen eine Reform der Grundsteuer, die den Besonderheiten der Metropolregionen Rechnung trägt und die nicht als verkappte kommunale Vermögensteuer daherkommt. Deshalb lehnen wir sowohl eine auf Bodenrichtwerten als auch auf Mieteinnahmen basierende Grundsteuer ab.

Vielmehr sollen in die Berechnungsgrundlage ausschließlich Grundstücks- und Gebäudefläche einfließen, die je nach Nutzungsart multipliziert mit einem vom Bundesland festzulegenden Nutzungswert die Bemessungsgrundlage bilden (sogenanntes Flächenmodell). Dabei wird den Bezirken ein Vorschlagsrecht für den Hebesatz ihres Gebiets eingeräumt.

Chancen für Demokratie – Mehr Rechte und Verantwortung für die Bezirke in Hamburg.

Das Prinzip der Subsidiarität ist uns wichtig: Wann immer ein Problem vor Ort gelöst werden kann, soll es dort auch gelöst werden. Alle Anliegen der örtlichen Gemeinschaft sollen deshalb in eigenverantwortlicher Selbstverwaltung durch die Bezirke erfolgen.

Das Recht des Senats, sich über Entscheidungen der Bezirksversammlungen hinwegzusetzen (Evokationsrecht), wollen wir auf wenige Fälle beschränken, welche die gesamte Stadt betreffen. Zudem können Prozesse durch den Abbau bestehender Doppelstrukturen effizienter gestaltet werden.

Notwendig ist dafür eine Änderung der Hamburger Verfassung, in der die Aufgabenverteilung zwischen den Bezirken und der Stadt abschließend geregelt wird. Die Bezirke sollen ein Selbstverwaltungsrecht erhalten und zu bürgernahen, effizienten Metropolbezirken fortentwickelt werden, deren Kompetenzen in der Hamburger Verfassung verankert werden. Sie sollen selbständig die örtlichen Verwaltungsaufgaben wahrnehmen und für alle Aufgaben zuständig sein, für die sich keine ministeriellen Zuständigkeiten der Fachbehörden ergeben. Dazu gehört auch die weitgehende Übertragung von Verwaltungsbereichen aus den Fachbehörden in die Bezirke inklusive der dazu erforderlichen Haushaltsmittel und Personalressourcen: insbesondere für die Bereiche Stadtteilkultur, Untere Straßenverkehrsbehörde, Bezirklicher Ordnungsdienst, öffentliche Grünpflege, dezentrale Sportstättenverwaltung und Liegenschaftsangelegenheiten.

Darüber hinaus soll weitgehende Haushaltsautonomie im Bezirk gelten, um die bereitgestellten Mittel entsprechend den unterschiedlichen Bedürfnissen in den Bezirken einzusetzen.

Bürgerbeteiligung vor Ort stärken.

Die liberale Demokratie lebt von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die mitbestimmen können. Selbstbestimmung in allen Lebenslagen heißt demokratische Mitbestimmung ergänzend zur repräsentativen Demokratie. Unsere Stadt braucht engagierte und mutige Bürger, die jenseits der Teilnahme an Wahlen Verantwortung übernehmen. Wir stärken die liberale Demokratie, indem wir ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement, den punktuellen Einsatz professionell moderierter Bürgerbeteiligung sowie den Ausbau von Instrumenten der direkten Demokratie bezirklicher Ebene unterstützen.

Bürgerschaftliches Engagement ist Ausdruck einer lebendigen Bürgerkultur. Bürgerschaftliches Engagement braucht den ermöglichenden, nicht den gewährenden Staat. Unser Ziel ist die Schaffung von Freiräumen für bürgerschaftliche Organisationen. Hürden, wie die verschuldensunabhängige Haftung ehrenamtlich tätiger Vereinsvorstände, sind abzubauen.

Wir Freie Demokraten wollen neue innovative Ansätze des bürgerschaftlichen Engagements fördern. Hierzu gehört eine das Engagement unterstützende Infrastruktur wie Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros und Jugendeinrichtungen.

Bürgerentscheide reformieren.

Wir Freie Demokraten wollen, dass Bürgerentscheide eine rechtliche Bindung haben. Um diese rechtliche Bindung zu legitimieren, ist ein Beteiligungsquorum von 20 Prozent der Stimmberechtigten notwendig. Ferner sollen die Bürgerentscheide nicht über die Kompetenz der Bezirksversammlungen hinaus gehen. Bei Bürgerbegehren setzen wir uns für ein einheitliches Beteiligungsquorum von zwei Prozent der stimmberechtigten Bürger ein.

Die Bezirksversammlung ist mit ihren Ausschüssen das bürgernächste Organ und der Ort für die Entwicklung von Lösungen für die Probleme vor Ort. Deshalb wollen wir die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger nicht nur auf eine aktuelle Stunde beschränken, sondern den Bürgern ein Antragsrecht für die Bezirksversammlung ab 250 Unterschriften geben. Zudem setzen wir uns für die Schaffung eines bezirklichen Petitionsausschusses ein.

Stadtteilbeiräte erhalten.

Gerade die kontinuierliche Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürgern an kommunalen Entscheidungen in Stadtteilbeiräten ist eine unverzichtbare Ergänzung zur Arbeit der gewählten Bezirkspolitiker in den Ausschüssen. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns dafür ein, dass an dieser Bürgerbeteiligung auch zukünftig festgehalten wird.

Andere Beteiligungsstrukturen wie offene Veranstaltungsreihen oder Workshops können eine sinnvolle Ergänzung sein, die auch von ihrer Kontinuität geprägte Beiratsarbeit jedoch nicht ersetzen.

In den Stadtteilbeiräten soll der Anteil der Bewohner mindestens 51 Prozent betragen. Die dauerhafte Finanzierung der Stadtteilbeiräte soll durch Quartiersfonds gewährleistet werden.

Bezirksversammlungen und Bezirksamtsleitungen stärken.

Die Wählerinnen und Wähler haben den gewählten Bezirksabgeordneten den Auftrag zur Mitentscheidung und Kontrolle ohne Einschränkungen erteilt. Die Einschränkungen nach dem Bezirksverwaltungsgesetz führen jedoch dazu, dass viele gewählte Bezirksabgeordnete über kein Stimmrecht in den Fachausschüssen verfügen und damit gegenüber von den Fraktionen zubenannten Bürgern benachteiligt sind.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass eine Fraktion bereits ab zwei Mitgliedern gebildet werden und so in allen Fachausschüssen mitwirken kann. Jeder einzelne Abgeordnete soll zudem das Recht erhalten, Anfragen an die Behörden in Bezirksangelegenheiten zu stellen.

Die Bezirksversammlungen sollen die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses so bestimmen, dass alle Fraktionen mit mindestens einem Sitz vertreten sind.

Des Weiteren fordern wir Freie Demokraten eine Ausweitung der Informationspflichten des Senats gegenüber den Bezirken. Die Bezirksamtsleiter sollen in ihrer Rolle gestärkt werden und direktes Vortragsrecht im Senat zu Angelegenheiten erhalten, die ihren Bezirk betreffen. Die Bezirksamtsleiter sollen direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden.

Dienstleistungsangebote für Bürger und Unternehmen verbessern.

Wir Freie Demokraten sehen das Angebot staatlicher bürgernaher Dienst- und Serviceleistungen als gesamtstädtische Herausforderung und Aufgabe sowie die Möglichkeiten der Digitalisierung als Chance an.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir die Zusammenfassung der Bürgerservice-Dezernate der sieben Bezirksämter, die sich jeweils in das Fachamt Einwohnerwesen mit den dazugehörigen Kundenzentren sowie das Fachamt für Personenstandswesen (Standesämter) gliedern, in einer Organisationseinheit Bürgerservice.

Der beim Bezirksamt Wandsbek organisatorisch angegliederte Telefonische HamburgService ist in die Organisationseinheit Bürgerservice zu integrieren. Zudem ist zu prüfen, ob weitere geeignete Dienstleistungsangebote in diese Serviceeinheit überführt werden können.

Bezüglich der Ansiedlung, Schließung oder wesentlichen Veränderung von lokalen Kundenzentren ist die jeweils örtlich zuständige Bezirksversammlung vor Entscheidungen anzuhören. Die Bezirksämter sollen sich auf ihre originären Aufgaben konzentrieren und weiterhin für die Themen Soziales, Jugend und Gesundheit, bei denen sozialräumliche Expertise vor Ort wichtig ist, sowie die Themen Wirtschaft, Bauen und Umwelt, bei denen die Bezirksversammlungen politische Gestaltungsspielräume haben, zuständig sein.

Englisch soll als weitere Verkehrssprache in allen Hamburger Behörden und öffentlichen Unternehmen eingeführt werden.

Digitale Strategie für bürgernahe Dienstleistungen der Verwaltung entwickeln.

Die öffentliche Verwaltung in den Bezirksämtern und Servicestellen muss genauso digital und einfach sein wie die Lebenswirklichkeit der Hamburgerinnen und Hamburger. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass alle heute analog angebotenen Dienste und Serviceleistungen auch online angeboten und gewährleistet werden.

Beispiele:

- Einsichtnahme in Bauprüfakten für eigene Bauvorhaben,
- Beantragung von Baumfällgenehmigungen,
- Bearbeitung des eigenen Wohngeldantrags.

Die digitalen Angebote der Bezirke sind so zu gestalten, dass sie die Teilhabe vieler Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Dazu gehören

- eine einfache und intuitiv zu benutzende mehrsprachige Oberfläche mit einfacher Sprache und einer barrierefreien Gestaltung,
- ein “responsives” Design (optimiertes Layout jeweils für Smartphones, Tablets, Desktops),
- eine einmalige und einfache Registrierung für alle relevanten Verfahren und Dienste,
- die Bereitstellung von Online-Tutorials als Hilfestellung für die Benutzung der E-Government- und digitalen Service-Angebote,
- die Einrichtung eines telefonischen Helpdesk, der die Bürger bei individuellen Problemen unterstützt.

Die Bezirksämter sollen ihre inneren Verwaltungsstrukturen und Geschäftsprozesse konsequent digitalisieren und die bisherige Formular- und Papierwirtschaft dadurch mittelfristig ablösen. Dazu gehört auch, dass die Mitarbeiter der Verwaltung im Umgang mit den entsprechenden digitalen Systemen geschult werden. Dies gilt insbesondere für den gesamten Bereich der Baugenehmigungen, deren überlange Bearbeitungszeiten von durchschnittlich sechs bis zwölf Monaten sich als zunehmendes Hemmnis herausstellen.

Die öffentliche Verwaltung soll Technologien und Systeme nutzen, die sich bereits am Markt als wirtschaftlich etabliert haben sowie verlässlich und sicher sind. Die Bezirke wie auch die Fachbehörden des Senats müssen dabei gewährleisten, dass die Daten der Bürger und die digitale Infrastruktur sicher verschlüsselt werden.